



HESSISCHER LANDTAG

Dringlicher Berichts Antrag der Fraktion der Freien Demokraten Corona-Maßnahmen im Schulbetrieb und Infektionszahlen

Ende August beginnt ein zweites Schuljahr, das maßgeblich durch die Coronapandemie beeinflusst sein wird. Gleichwohl hat sich die Ausgangssituation der Schulen nur wenig geändert: So steht weiterhin kein landesweites Video-konferenzsystem zur Verfügung, es gibt keine regelmäßige Veröffentlichung der Testpositivenrate, die Testergebnisse werden nicht nach bestimmten Merkmalen aufgeschlüsselt und die Schulen sind nicht flächendeckend mit Luftreinigungsgeräten ausgestattet.

Laut dpa-Meldung vom 31. Juli wies der Direktor des Frankfurter Universitätsklinikums und Leiter des Planungsstabs stationäre Versorgung am Hessischen Sozialministerium, Prof. Dr. Jürgen Graf, darauf hin, dass Hessen die Covid-19 Zahlen aufgrund eines komplizierten Rechenmodells recht präzise voraussagen könne. Diese 'Ensemble-Prognose' fuße auf einer so umfangreichen Datenmenge, "dass die Großrechner damit mindestens einen halben Tag beschäftigt seien." (Siehe dpa-Meldung vom 31.07.2021: "Wie Hessen die Entwicklung der Covid-Patientenzahlen vorhersagt").

Die Landesregierung wird ersucht, im Kulturpolitischen Ausschuss (KPA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Inwiefern wurde bis zu den Sommerferien das Infektionsgeschehen an den Schulen auf Grundlage verschiedener Kennzahlen beobachtet?
2. Welche Kennzahlen wurden dabei miteinbezogen?
3. Welche Schlüsse für die Planungen zum Schulbetrieb nach den Ferien hat das Kultusministerium hieraus gezogen?
4. Inwiefern umfassten diese Berechnungen auch Prognosen zum Infektionsgeschehen speziell an Schulen, ähnlich der oben beschriebenen Ensemble-Prognose?
5. Wie wurde die Berechnungsgrundlage vor dem Hintergrund der Verbreitung der Alpha- und der Beta-Variante verändert?
6. Welche Anpassungen hat das Kultusministerium in den Sommerferien an dem vorhandenen Berechnungsmodell vorgenommen, um beispielsweise die Verbreitung der Delta-Variante, die Impfquote in der Gesamtbevölkerung und die Impfquote bei Kindern und Jugendlichen miteinbeziehen zu können?
7. Welche Impfkationen wurden seit Zulassung des mRNA-Impfstoffes für Kinder und Jugendliche an den Schulen durchgeführt?
8. Wurde die Landesregierung über diese Impfkationen informiert?
9. Hat die Landesregierung Kenntnis darüber, dass es Konflikte zwischen Elternvertretungen, Schulleitungen und/oder Schulämtern zur Frage der Durchführung von Impfkationen an Schulen gab?
10. Wenn ja: Welche?
11. Hat die Landesregierung Kenntnis darüber, dass es insgesamt Konflikte beispielsweise zwischen Elternvertretungen, Schulleitungen oder Schulämtern zur Frage der Impfungen von Kindern und Jugendlichen gab?
12. Gab es aufgrund der ergriffenen Hygienemaßnahmen an den Schulen und der Einschränkungen des Schulbetriebs Androhungen von Gewalt gegen Schulleitungen und/oder die Bildungsverwaltung?

13. Wenn ja: Welche Maßnahmen ergreift das Kultusministerium zum Schutz von Lehrkräften, Schulleitungen und Mitarbeitenden der Bildungsverwaltung?
14. Inwiefern stehen der Bildungsverwaltung zusätzliche Ressourcen zur Verfügung, um die zahlreichen Anliegen zu Corona bearbeiten zu können?

Wiesbaden, 25. August 2021



René Rock

Fraktionsvorsitzender